

# BEERLIN GANZ NAH

**CDU**

Ausgabe 10/2018

Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten Maik Beermann

## Berlin

2 Koalition muss Vertrauen zurückgewinnen

2 Wechsel an der Fraktionsspitze

3 Beim Diesel zu Lösungen kommen

3 Versichertenentlastungsgesetz

4 28 Jahre Einheit und Freiheit

4 Pflegepersonalstärkungsgesetz

5 Änderungen im Asylrecht

5 Grundgesetzänderung für bessere Schulen

5 Besuch in Berlin

## Wahlkreis

10 Jahre SU Rinteln 6

Die kleinen Schmetterlinge 6

Duofaktur in Bückeberg 6

Waldschule Steyerberg 7

Storchennest Drakenburg 7

Feierabendgespräch 7

## Koalition muss Vertrauen zurückgewinnen

Es ist gut, dass die drei Parteivorsitzenden am Sonntag eine Verständigung über die Zukunft des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz erzielt haben, welche die Bedenken von vielen Bürgerinnen und Bürgern aufnimmt.

Damit können wir uns in der Koalition nun endlich wieder auf die wichtigen Themen konzentrieren. Es gilt, verlorenes Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Die Menschen müssen spüren, dass es um sie geht. Dazu müssen wir auch die Zusammenarbeit in der Koalition verbessern. Die Koalition muss in einen neuen Arbeitsmodus kommen. Wir haben in den ersten Monaten der Koalition einiges erreicht. Das Erreichte darf aber nicht von unnötigen Diskussionen immer wieder überlagert werden.

Wir sollten alles daransetzen, den Herbst zu nutzen, um mit Hochdruck im Deutschen Bundestag zu Entscheidungen zu kommen. Die Verbesserungen in der Pflege, bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Stärkung der Rente sind gerade unserer Bundestagsfraktion wichtig. Es muss ein Herbst der konkreten Fortschritte für die Bürgerinnen und Bürger werden. Dazu zählen auch das Gute-Kita-Gesetz und das Familienentlastungsgesetz, durch das Familien im nächsten Jahr mehr Geld zur Verfügung haben. Wir wollen zudem das Problem fehlender Fachkräfte umfassend angehen, eine Strategie entwickeln und als ersten Baustein ein kluges Fachkräftezuwanderungsgesetz auf den Weg bringen.

Wir als Unionsfraktion werden zudem noch Maßnahmen zum Schutz der Bürger und zur Stärkung des Rechtsstaats durchsetzen. Unser Staat ist schon stark, er muss aber gerade gegenüber kriminellen Clans und Extremisten von Rechts und Links durchsetzungsfähiger werden.

## Wechsel an der Fraktionsspitze

Auf der letzten Fraktionssitzung wurde Ralph Brinkhaus aus dem Wahlkreis Gütersloh I mit 52,7 Prozent zum neuen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt.

Ralph Brinkhaus löst damit den seit 13 Jahren amtierenden Vorsitzenden Volker Kauder ab und leitet damit eine Erneuerung in der Fraktionsarbeit ein. Ich danke Volker Kauder für seine langjährige Arbeit an der Fraktionsspitze.

Ralph Brinkhaus trat mit dem Willen an, die Rolle der CDU/CSU Bundestagsfraktion stärker herauszustellen, wobei seine Kandidatur keine Kandidatur gegen die Bundeskanzlerin war. Ich bin mir sicher, dass es auch hier zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit kommt. Ich habe Ralph Brinkhaus in den vergangenen fünf Jahren als engagierten und fachlich versierten

Kollegen kennengelernt und deshalb seine Kandidatur von Anfang an unterstützt. Ich freue mich auf die zukünftige Zusammenarbeit. Diese Wahl war ein Signal des Aufbruchs und ein Zeichen dafür, dass die personelle Erneuerung eingeleitet ist.



## Beim Diesel zu Lösung kommen

Am Wochenende hat im Bundeskanzleramt ein Treffen der Bundesregierung mit Vertretern der deutschen Automobilunternehmen stattgefunden, um über die Dieselproblematik zu beraten.

Unsere Ziele sind klar: Wir können die Dieselbesitzer nicht allein lassen. Wir wollen Fahrverbote in den Innenstädten vermeiden. Wir wollen, dass die Automobilhersteller ihren Teil der Verantwortung tragen. Wir stehen zur Automobilindustrie in unserem Land. Allerdings sollte die Branche insgesamt verbraucherorientierter auftreten. Das gilt vor allem für die Hersteller, denen Abgasmanipulationen zur Last gelegt werden.

Es gibt für die Bundesregierung und die Koalition nach wie vor keine einfache Lösung. Es muss klug abgewogen werden, wie das Maßnahmenpaket aussehen soll. Aber klar ist auch: Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern eine Antwort auf ihre Fragen geben. Und dabei ist vor allem die Autobranche am Zug.

## Versichertenentlastungsgesetz

Wir berieten in erster Lesung einen Gesetzesentwurf zur paritätischen Finanzierung des bisherigen Zusatzbeitrages in der gesetzlichen Krankenversicherung. Ab dem 1. Januar 2019 wird der Beitrag zur Krankenversicherung damit wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt. Dadurch müssen Arbeitnehmer monatlich bis zu 38 Euro weniger Beiträge zahlen. Kassenreserven werden abgebaut. Der monatliche Mindestbeitrag zur Kasse für

Dabei darf die Frage der Abgasmanipulationen nicht mit der Frage von Fahrverboten vermischt werden. Fahrverbote können auch rechtmäßig zugelassene Dieselfahrzeuge treffen. Es ist die Summe an Stickstoffdioxid-Emissionen (NO<sub>2</sub>) einzelner PKW, welche die Grenzwertüberschreitungen verursachen. Das macht die Antwort unter anderem so schwierig.

Viel wäre schon geholfen, wenn die zuständigen Behörden neue Luftreinhaltepläne erarbeiten würden. Denn in vielen Bereichen ist die Luft besser geworden. Die neuen Daten sind aber noch nicht in die Luftreinhaltepläne eingeflossen.

Die vieldiskutierte Hardware-Nachrüstung ist übrigens auch keine Patentlösung, auch wenn unser Koalitionspartner dies gern so sieht. Viele Fahrzeuge sind schlicht nicht nachrüstbar. Zur Klärung dieser Fragen und zur Erarbeitung eines Lösungskonzepts laufen diese Woche viele Gespräche innerhalb der Bundesregierung und Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer spricht mit der Automobilindustrie. Am kommenden Montag wird sich der Koalitionsausschuss damit befassen.

Kleinselbständige wird auf 171 Euro halbiert. Weiterhin wird etwa die Mindestbeitragsbemessungsgrundlage für hauptberuflich Selbstständige – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – halbiert. Finanzreserven der Krankenkassen sollen zur Entlastung der Beitragszahler durch die Festlegung gesetzlicher vorgeschriebener Höchstgrenzen und Abbaumechanismen in Form der Stabilisierung oder Senkung der Zusatzbeiträge zurückgeführt werden.

## 28 Jahre in Einheit und Freiheit

In der nächsten Woche feiern wir 28 Jahre Deutsche Einheit und damit die Einheit unseres Vaterlandes. Wir haben Grund genug, mit Stolz auf das seither Erreichte zurückzublicken. Dafür haben Helmut Kohl und Angela Merkel als Bundeskanzler, viele Ministerpräsidenten der Union und viele Kommunalpolitiker der CDU in den ostdeutschen Ländern gesorgt – mit tatkräftiger Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger.

Der aktuelle Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit zeigt eindrucksvoll, wie viel die Menschen in Deutschland seit dem Mauerfall und dem 3. Oktober 1990 erreicht haben. Dank des solidarischen Zusammenstehens der Deutschen in Ost und West sind viele der Folgen der SED-Diktatur inzwischen überwunden oder abgemildert. Nicht zuletzt ist ein großer Erfolg, dass die Beschäftigung nun auch in den neuen Ländern stark zunimmt – inzwischen ist die Arbeitslosigkeit hier auf den Stand von 6,8 Prozent gesunken, nach 18,7 Prozent im Jahr 2005. Mit einer großen nationalen Anstrengung wurden seit 1990 Städte vor dem Zerfall gerettet, Umweltprobleme in den Griff bekommen und eine moderne Infrastruktur geschaffen.

Zwar bleibt noch immer viel zu tun. Nun muss es darum gehen, mit gezielten Investitionen in die Forschungslandschaft, in den Mittelstand und allgemein in die Wettbewerbsfähigkeit, die noch bestehenden Unterschiede zwischen West und Ost zu überwinden. Wir müssen auch stärker die Leistungen der Menschen in den ostdeutschen Ländern würdigen, die nach der Wende gravierende Herausforderungen gerade im Berufsleben meistern mussten. Das sollten wir uns alle mehr bewusst machen.

So wichtig wie die Überwindung der materiellen Folgen der vielfachen Misswirtschaft in der DDR ist für uns in der Union die Aufarbeitung des Unrechts, das Menschen unter der SED-Herrschaft erdulden mussten. Mit uns wird es auch in den nächsten Jahren kein „Schwamm drüber“ geben. So wie die Union für die dauerhafte Unterstützung etwa der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen steht, so deutlich tritt sie auch für die Belange der Opfer des Unrechts ein, wie sich auch in der neuen Initiative unserer Fraktion zur Aufarbeitung des Zwangsadoptionswesens in der DDR zeigt. Angesichts der Tatsache, dass die Herrschaft der SED inzwischen schamlos verharmlost und die Erinnerung an den Herbst 1989 unverfroren für schale Ziele missbraucht wird, werben wir für eine intensivere Beschäftigung mit der zweiten deutschen Diktatur.

## Pflegepersonalstärkungsgesetz

Wir berieten in erster Lesung eine Initiative der Bundesregierung zur Stärkung des Pflegepersonals. Für den Krankenhausbereich soll künftig jede zusätzliche und jede aufgestockte Pflegestelle finanziert werden. Gleichzeitig sollen künftige Tarifsteigerungen refinanziert und eine separate Pflegepersonalkostenvergütung eingeführt werden. Ab dem Jahr 2019 steht ein Finanzvolumen von bis zu 4 Milliarden Euro für den

Ausbau des Krankenhausstrukturfonds bereit, mit dem wichtige Strukturentscheidungen unterstützt werden können. Darüber hinaus sieht der Gesetzesentwurf die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Krankenhäusern vor. Im Bereich der Altenpflege ist die Schaffung 13.000 neuer Stellen vorgesehen. Weiterhin sind Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie geplant sowie eine verbesserte Kommunikation zwischen Ärzten und Pflegeheimen.

## Änderungen im Asylrecht

Künftig sollen Schutzsuchende zur Mitwirkung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren verpflichtet werden. Bisher bestanden diese Pflichten etwa zur Vorlage eines Passes oder Passersatzes sowie die Duldung einer erkenntungsdienstlichen Behandlung nur im ursprünglichen Antragsverfahren. Wird diese Mitwirkungspflicht in dem spätestens drei Jahre nach der Flüchtlingsanerkennung durchzuführenden Widerrufsverfahren verletzt, soll das BAMF entweder Verwaltungszwang ausüben oder nach Aktenlage entscheiden können. Das Gesetz trägt dazu bei, Widerrufs- und Rücknahmeverfahren in Asylsachen effektiver zu bearbeiten.

## Grundgesetzänderung für bessere Schulen

Zu den zentralen Zielen der großen Koalition gehören die bessere Ausstattung der Schulen, die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Da diese Bereiche Länderaufgaben sind, bedürfen die vorgesehenen Finanzhilfen des Bundes Grundgesetzänderungen. Der Union fällt dieser Schritt nicht leicht, weil unser föderales System von klaren Verantwortlichkeiten lebt. Aber wir wollen das Leben der Bürgerinnen und Bürger verbessern und es ist offensichtlich, dass Fortschritte auf diesen Gebieten nicht weiter auf sich warten lassen dürfen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Bund künftig Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur bundesweit fördern darf, d.h.

## Besuch in Berlin

Vielen Dank an die angehenden Verwaltungsfachangestellten aus dem Landkreis Nienburg für den Besuch im Deutschen Bundestag. Dass wir die berufliche Ausbildung weiter stärken müssen, ist mir seit meiner Zeit als Bundestagsabgeordneter eine politische Herzensangelegenheit.

nicht nur für finanzschwache Kommunen. Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus ist für den Bund die Möglichkeit vorgesehen, zweckgebundene Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen zu gewähren. Überdies ist vorgesehen, die Möglichkeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs zu erweitern und Planfeststellung sowie -genehmigung der Bundesfernstraßenverwaltung verfassungsrechtlich abzusichern.

Wir brauchen im Bundestag und Bundesrat auch die Stimmen von FDP und Grünen – dabei stehen uns schwierige Verhandlungen bevor. Dabei ist klar, dass schon die in der Koalition vereinbarten Grundgesetzänderungen für uns zum Teil schwierige Kompromisse sind.



## 10 Jahre SU Rinteln

10 Jahre ist sie jung, die Seniorenunion Stadtvereinigung Rinteln und genauso lange ist auch Dieter Edler Vorsitzender. Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum und weiterhin eine so hervorragende Zusammenarbeit wie in den letzten fünf Jahren. Auf die Seniorenunion konnte ich mich im Wahlkampf und darüber hinaus immer verlassen. Auch unser CDU Generalsekretär Kai Seefried überbrachte in einer gelungenen Festrede die Glückwünsche der Landespartei.



## Die kleinen Schmetterlinge

Kürzlich war ich zu Gast bei Sarah Wisnewski, die in Deckbergen die Kindertagespflege "Die kleinen Schmetterlinge" als Tagesmutter betreibt. Eine herausfordernde Aufgabe, die durch die überbordende Bürokratie nicht besser wird. Ich bin der Meinung, dass Kindertagespflegeeinrichtungen eine gute Alternative zu den üblichen Einrichtungen sind. Es werden flexiblere Betreuungszeiten angeboten, man hat kleinere Gruppen und kann dadurch individualisiert auf die Kinder eingehen. Allerdings sollten einheitliche Standards geschaffen werden. Hilfreich wäre es zumindest, wenn es in Niedersachsen einheitliche Ansätze geben könnte.



## Duofaktor in Bückeberg

Cooler Chefs, die sich aber gar nicht als solche sehen, schuhfreie Büros und Räume, ein erfrischender und intensiver Austausch und motivierte, kreative Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter- so war mein Eindruck von meinem Besuch bei der Duofaktor GbR in Bückeberg. Eine Kommunikationsagentur auf die ich vor einigen Wochen aufmerksam geworden bin und dem Aufruf „...schauen Sie gerne mal bei uns vorbei“ einfach mal folgte. Schön, solch ein kreatives Unternehmen in meinem Wahlkreis zu haben. Ich bin gespannt, wie sich das von Merlin Mendel und Ingo Wessel gegründete Unternehmen mit derzeit 10 Mitarbeitern weiterentwickelt.



Maik Beermann - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin

## Waldschule Steyerberg

Was Grundschule alles so kann und was es bedeutet, wenn man eine Schulleiterin hat, die aus dem Machbaren das Beste umsetzt und gleichzeitig ein Kollegium dazugehört, was nicht nur motiviert ist, sondern auch mehr macht als Dienst nach Vorschrift- davon konnte ich mich in der Waldschule Steyerberg überzeugen. 140 Schülerinnen und Schüler bei einer Zweizügigkeit von Klasse 1 bis 4, an drei Tagen ein offener Ganztagsbetrieb mit Hausaufgabenbetreuung und



## Storchennest Drakenburg

Julia Steckhan und Natali Moser betreiben die Großtagespflegestelle Storchennest in Drakenburg. Das Besondere ist allerdings, dass im Erdgeschoss des Gebäudes die KITA Drachenburg ihre Heimat hat. Von Gesetzes wegen dürfen die Kinder aber weder zusammen spielen, noch gemeinsame Räume nutzen. Ich möchte ganz klar sagen, dass man der Kommune hier keine Vorwürfe machen kann, denn die Politik ist hier gefragt, solche Absurditäten zu verändern. Daher werde ich mit meinen Mitstreitern aus dem Landtag die Initiative für ein „Modellprojekt frühkindlichen Erziehung“ ergreifen. Das wäre doch mal etwas zu erforschen, was es bedeutet, wenn Tagesmütter und Kita zusammenarbeiten und Synergien erzielen und das im Sinne der Kinder.



## Feierabendgespräch

Zum "Feierabendgespräch" mit Geflüchteten und Integrationshelfern haben die beiden Begegnungscafes St. Martin Nienburg und St. Clemens Marklohe, sowie die Flüchtlingshilfe Holtorf und die Flüchtlingsinitiative „Liebenau hilft“ im Rahmen des Projektes 500 Landinitiativen eingeladen. Mehr als 50 Betroffene, Interessierte, ehren- und hauptamtliche Helfer, kamen in das Gemeindehaus der Kirchengemeinde St. Martin. Schwerpunkte an diesem Abend bildeten die Themen Ausbildung und Arbeit und wie es gelingt geflüchtete Menschen in Arbeit oder Ausbildung zu bringen.

